Änderung der Vollzugsverordnung zum Gesetz über die Staats- und Gemeindesteuern

Änderung vom 11. November 2014

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn
gestützt auf §§ 118 Absatz 2 und 264 Absatz 2 des Gesetzes über die
Staats- und Gemeindesteuern vom 1. Dezember 1985¹⁾

beschliesst:

I.

Der Erlass Vollzugsverordnung zum Gesetz über die Staats- und Gemeindesteuern²⁾ vom 28. Januar 1986³⁾ (Stand 1. Januar 2014) wird wie folgt geändert:

§ 40^{bis} Abs. 2 (neu)

*Wechsel zwischen Quellensteuer und ordentlicher Veranlagung
§§ 74 Abs. 3, 114 und 114^{sexies} (Sachüberschrift geändert)*

²⁾ Absatz 1 ist nicht anwendbar auf Personen, die im Sinne von § 114^{sexies} Absatz 1 und 2 des Gesetzes ordentlich veranlagt werden. Sie werden beim Wechsel von der Quellenbesteuerung zum ordentlichen Veranlagungsverfahren und umgekehrt für das ganze Jahr von der am Ende des Steuerjahres zuständigen Veranlagungsbehörde veranlagt.

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

¹⁾ BGS [614.11](#).

²⁾ Zu einzelnen Bestimmungen des Gesetzes erlässt der Regierungsrat besondere Verordnungen.

³⁾ BGS [614.12](#).

IV.

Diese Änderung tritt am 1. Januar 2015 in Kraft. Vorbehalten bleibt das Einspruchsrecht des Kantonsrates.

Solothurn, 11. November 2014

Im Namen des Regierungsrates

Peter Gomm
Landammann

Andreas Eng
Staatsschreiber

RRB Nr. 2014/1943 vom 11. November 2014.

Veto Nr. 340, Ablauf der Einspruchsfrist: 12. Januar 2015.